

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug. Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto. Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindstr. 5

67. Jahrgang

Berlin, den 14. August 1929

Nummer 63

### Sechzigjähriges Bestehen des Deutschen Buchdrucker-Vereins

Als vor einigen Jahren die Forderung nach Industrieverbänden weit ungestümm in der Arbeiterbewegung geltend gemacht wurde als es gegenwärtig der Fall ist, etwa um die Zeit des Leipziger Gewerkschaftskongresses 1922, da wurde als Begründung für die unbedingte Notwendigkeit der Schaffung von Industrieverbänden immer wieder hingewiesen auf die wirtschaftliche Konzentrationsbewegung des Kapitals und auf die organisatorischen Zusammenschlußbestrebungen auf Unternehmerseite, denen die Arbeiterchaft der betreffenden Industrien gleichartig gruppierte Gewerkschaften gegenüberstellen müßte. Wenn dieses Argument wirklich stichhaltig wäre für den Zusammenschluß zu Industrieverbänden, dann brauchte die Lösung dieser Frage in der graphischen Industrie nicht in übersichtlicher Art zu erfolgen. Denn tatsächlich entspricht die Gestaltung der Arbeiterverbände in dieser Industrie und deren Kampfführung in jeder Beziehung den Organisationsformen und Kampfmethoden der Unternehmerverbände. Das trifft insbesondere auf die maßgebenden beiderseitigen Verbände im Buchdruckgewerbe zu, nämlich auf den Deutschen Buchdrucker-Verein und auf den Verband der Deutschen Buchdrucker. Beide Organisationen sind fast gleichaltrig.

Der Deutsche Buchdrucker-Verein wurde am 15. August 1869 in Mainz hinter verschlossenen Türen gegründet. Ein Besuch der Gehilfenschaft um Zulassung einer Vertretung fand Ablehnung. Als Vereinsorgan wurden die am 8. Juli 1869 ins Leben getretenen „Annalen der Typographie“ bestimmt. Zweifelslos war für die Gründung einer zentralen Organisation bei der Prinzipalität das Bedürfnis nach einer Interessenvertretung maßgebend, die dem drei Jahre früher gegründeten Gehilfenverband gewachsen sein sollte. Der Beweis hierfür war in der Tatsache zu erblicken, daß die neue Prinzipalsorganisation sehr bald in das Extrem der Verbandsfeindschaft verfiel mit all den mehr oder weniger kleintlichen und abstoßenden Begleiterscheinungen, die wie ein roter Faden die Geschichte des Deutschen Buchdrucker-Vereins durchziehen.

Eine Anregung zum beruflichen Zusammenschluß der Buchdruckereibesitzer war schon auf einer im Jahre 1865 in Karlsruhe abgehaltenen Prinzipalsversammlung von Johannes Schneider aus Mannheim gegeben worden. Dieser war es auch, der vier Jahre später unter dem Eindruck der inzwischen erfolgten Verbandsgründung einen neuen Vorstoß zur Verwirklichung des Planes unternahm. In einem am 11. März 1869 veröffentlichten Aufruf bezeichnete Schneider als Zweck der zu gründenden Prinzipalsorganisation die künstlerische und geschäftliche Hebung des Buchdruckgewerbes im allgemeinen und die Regelung der Arbeits- und Arbeiterverhältnisse im besondern. Während der Schneider'sche Plan den repressiven Charakter der Prinzipalsorganisation gegen die Gehilfenbewegung betonte, stand ein anderer, am 24. Juni 1869 veröffentlichter Aufruf des „Freundschaftlichen Vereins Hamburg-Mittoner Buchdruckereibesitzer“ auf dem Standpunkt, „keineswegs einen Druck auf die Gehilfen auszuüben, die Arbeitslöhne zu vermindern usw., sondern vielmehr Mittel und Wege zu finden, die das allein erspriechliche Zusammenwirken von Prinzipalen und Gehilfen unter den für beide Teile günstigsten Bedingungen herbeiführen“. Am einer Zerspaltung von vornherein vorzubeugen, einigten sich beide Richtungen schließlich auf die Einberufung einer Versammlung für den 14. und 15. August 1869 nach Mainz. Hier wurde denn auch die Gründung des Deutschen Buchdrucker-Vereins beschlossen. Diesem traten zu-

nächst 87 Mitglieder bei, eine verhältnismäßig geringe Zahl, die jedoch bis zu der am 14. Mai 1870 abgehaltenen Generalversammlung auf 416 anwuchs.

Als Sitz und Vorort des Vereins wurde Leipzig bestimmt. Zu seinen Aufgaben sollten u. a. gehören die „Ordnung und Befestigung der geschäftlichen Verhältnisse zwischen Prinzipalen und Gehilfen, unter Heranziehung der letzteren zur Lösung dieser Aufgabe, insbesondere auch unter Errichtung von Schiedsgerichten; Hinwirken auf möglichst allgemeine oder wenigstens für größere geographische Gruppen gleichmäßige Bestimmungen über die Hauptpunkte des Tarifs, der Hausordnungen usw.; konsequente Durchführung und strenge Aufrechterhaltung zwischen Prinzipalen und Gehilfen getroffener Vereinbarungen nach beiden Seiten hin; geschlossenes Vorgehen gegen Übertretungen und Übergriffe“. Außerdem waren erwähnt: Förderung des Lehrlingswesens, der Errichtung von Fach- und Fortbildungsschulen und des Unterstützungswesens, insbesondere die Gründung von Invaliden- und Witwenkassen für die Gehilfen. Bei all diesen Rassen sollten die Prinzipale an Beiträgen und Leitung beteiligt sein. Als Vereinsorgan wurden die wöchentlich erscheinenden „Annalen der Typographie“ gewählt. Der Vorstand bestand aus neun Personen, doch sollte der Schwerpunkt in die ins Auge gefaßten zwölf Kreisvereine gelegt werden. Anfänglich fand die Gründung des Deutschen Buchdrucker-Vereins nicht viel Zustimmung bei der Prinzipalität. Die Gehilfenschaft aber erbatte darin mit vollem Recht einen Angriff auf ihre Zentralorganisation, insbesondere den Versuch, die wichtigen Diakunsklassen in die Hände der Prinzipale zu bringen. Obgleich in Mainz die arbeiterfreundlichere Richtung siegte hatte, bildete gerade dieser Umstand ein erhebliches Hindernis in aggressiv veranlagten Prinzipalskreisen, so daß zunächst nur die Bildung von zwei Kreisvereinen (Nordkreis und Mainkreis) gelang. Der Gedanke eines einheitlichen Lohntarifs, noch mehr aber ein organisches Zusammenwirken mit der Gehilfenschaft und die von manchen Seiten angeregte Schaffung einer Lehrlingskassa fanden überwiegend Widerspruch.

Mit dem Deutschen Buchdrucker-Verein trat eine der ersten zentralen Unternehmerorganisationen in Wirklichkeit. Die anfänglich zurückgedrängten scharfmacherischen Bestrebungen ihres eigentlichen Gründers Johannes Schneider gegen die „erschreckende Agitation“ der Gehilfen gewannen sehr bald die Oberhand. Bereits im Herbst 1869 gelang mit vereinter Kraft die Abschließung eines Abwehrestreifs in Darmstadt, der wegen zu hoher Lohnabzüge zwecks „Sicherung“ der Prinzipale und wegen der Einführung von Entlassungsscheinen und starker Bevorschung von Nichtverbandsmitgliedern dort ausgedroht war. Das Interesse der Prinzipale für ihre Zentralorganisation vermehrte sich durch den Verlauf von Lohnbewegungen in zahlreichen Orten, bei denen den Gehilfen die Durchsetzung ihrer Forderungen gelang. Dieses Interesse wurde noch erhöht durch den zur Beratung einer gemeinsamen Abwehraktion der Prinzipale zum 10. März 1872 nach Eisenach einberufenen allgemeinen Buchdruckertag, auf dem 500 Firmen durch 62 Abgeordnete vertreten waren. Man beschloß dort, der Prinzipalsorganisation beizutreten, wenn diese sich dazu verstände, in ihren Statuten einige Änderungen eintreten zu lassen, wie sie der Eisenacher Buchdruckertag festgelegt hatte. Dafür kamen zunächst ein Aussperrungspassus, die Einführung eines Normaltarifs für ganz Deutschland (unter Zugrundelegung des Leipziger Tarifs), Schiedsämter und die Einführung einer gleichlautenden Druckereiordnung in Frage. Der Deutsche Buchdrucker-Verein erklärte sich ohne weiteres bereit, die Kardinalpunkte

des Eisenacher Buchdruckertages anzuerkennen und seinem Statut einzuverleiben. Im weiteren beschloß seine Generalversammlung vom 27. April 1872, einen Deutschen Buchdruckertarif als Normaltarif für ganz Deutschland einzuführen, der von einer Tarifkommission zu entwerfen sei, die w o m ö g l i c h aus Prinzipalen und Gehilfen zusammengesetzt sein sollte. Die Prinzipale forderten danach die Gehilfen auf, sich an der Wahl von Gehilfenvertretern zu beteiligen. Die Verbandsmitglieder lehnten jedoch die Beteiligung an dieser Wahl ab, da sie sich mit Zug und Recht als Vertreter der Gehilfenschaft betrachteten. Da eine Verständigung mit dem Deutschen Buchdrucker-Verein nicht zu erzielen war, unterblieben die Gehilfenvertreterwahlen. Das gegenseitige Verhältnis spitzte sich infolgedessen immer mehr zu, zumal in verschiedenen Städten Lohnkämpfe mit Erfolg durchgeführt wurden. Die Folge war, daß vom Deutschen Buchdrucker-Verein in Ansehung an die von ihm übernommenen Beschlüsse des Eisenacher Buchdruckertages unterm 3. Dezember 1872 folgender Mass erlassen wurde:

Wenn in irgendeiner Stadt von seiten unter sich geeinigter Gehilfen eine Arbeitseinstellung mit oder ohne Kündigung erfolgt und fortbesteht, trotzdem die Kommission der Vertrauensmänner den Standpunkt der Prinzipale gerechtfertigt findet, so tritt der Gesamtverein zum Schutze der gefährdeten Vereinsmitglieder ein, indem er an einem und demselben Tage im ganzen Gebiete des Deutschen Buchdrucker-Vereins die Vereinsoffizinen allen Gehilfen kündigen, die einer Verbindung angehören, welche den betreffenden Streik veranlaßt hat oder unterstützt. Kein Gehilfe, der während des Streiks ausgetreten oder entlassen ist, darf während der Dauer desselben in einer Vereinsoffizin angestellt werden. Als Konventionsstrafe wird die Buße von so viel mal 10 Thalern festgesetzt als zur Zeit der Entlassungsdre Gehilfen in der betreffenden Offizin beschäftigt waren.

Nunmehr war es für die Gehilfenschaft klar, daß die Dinge zum offenen Kampf treiben würden. Einen letzten Versuch der Verbandsmitglieder, die Prinzipale dazu zu veranlassen, mit ihnen gemeinschaftlich einen Tarif auszuarbeiten, lehnten diese kurzerhand ab, worauf die Verbandsleitung eine aus Delegierten sämtlicher Gauen zusammengesetzte Tarifkommission nach Leipzig berief, die vom 13. bis 17. Januar 1873 tagte und einen auf der Grundlage der Alphabetsberechnung und eines (Minimal-)Tausendpreises von 30 Pf. beruhenden allgemeinen deutschen Tarif aufstellte. Nach Einreichung dieses Gehilfentarifs an den Deutschen Buchdrucker-Verein ließ dessen offizielle Kriegserklärung nicht lange auf sich warten, denn schon am 25. Januar 1873 wurde sie mit der Ablehnung des Tarifs ausgesprochen. In Leipzig, wo sich der Hauptkampf abspielte, traten alsbald 350 Gehilfen in den Ausstand, welche Zahl sich infolge der am 23. Februar vom Deutschen Buchdrucker-Verein verhängten Aussperrung sämtlicher Verbandsmitglieder auf 800 erhöhte. Dem Aussperrungsgebot des Deutschen Buchdrucker-Vereins wurde in 70 Städten entsprochen. Von 6900 Mitgliedern des Verbandes wurden rund 2000 in 300 Druckereien von der Aussperrung betroffen. Dennoch erwies sich diese Gewaltmaßregel gar bald als ein Schlag ins Wasser. Nach wenigen Wochen wurden in vielen Städten die Aussperrung und auch die Kündigung zurückgenommen und die Gehilfenforderungen bewilligt, so daß den am härtesten bedrängten Leipziger Kollegen die nötige materielle Hilfe zugeführt werden konnte. Nachdem die Ausichtslosigkeit des Kampfes für die Prinzipale ziemlich offensichtlich geworden war, bewiesen sie ihrerseits Entgegenkommen. In einem Schreiben vom 13. März wandte sich der Ausschuß des Deutschen Buchdrucker-Vereins an die Verbandsleitung mit der Anfrage, in welcher Weise sie ein Zusammengehen der ganzen Gehilfenschaft in der Tarifrage für möglich halte, sowie ob der Ver-

bandsvorstand überhaupt gesonnen sei, Schritte zu tun, um die jegliche Differenz zwischen dem Verband und dem Deutschen Buchdrucker-Verein zu beseitigen. Auf diesen Annäherungsversuch der Prinzipalsorganisation gab die Bundesleitung im „Korr.“ folgende Antwort:

Daß sich der Ausschuß des Prinzipalsvereins endlich an den Verband gewandt hat, wenn möglich, Frieden zu schließen, ist zwar anerkennenswert, aber besser wäre es doch gewesen, wenn man das früher getan hätte. Die Zeiten des rohen Faustrechts sind vorüber, man hat an dessen Stelle die parlamentarische Verhandlung gesetzt, und es ist wahrlich gar nicht einzusehen, warum die Herren Arbeitgeber des Entwicklungskampfs wieder von vorn anfangen, alle Stadien des toben Kampfes durchlaufen wollen, um doch endlich zu weiter nichts als zu gemeinsamen friedlichen Verhandlung zu gelangen.

Mit dieser Antwort des Verbandsvorstandes wurde dem Deutschen Buchdrucker-Verein zugleich eine heilsame erziehlische Lehre übermittelt, eine Lehre, die bis heutigen Tages noch nichts von ihrer Aktualität verloren hat. Beide Teile einigten sich zunächst auf eine Reihe von Waffenstillstandsbedingungen. In einer Abstimmung unter den Verbandsfunktionären hatten sich diese mit Mehrheit für die Inbahrung weiterer Verhandlungen ausgesprochen. Daraufhin wurde von der Bundesleitung mit dem Ausschusse des Deutschen Buchdrucker-Vereins vereinbart, zur Vereinbarung in der Tarifangelegenheit eine aus Prinzipalen und Gehilfen bestehende Delegiertenversammlung am 1. Mai in Leipzig stattfinden zu lassen. Die Delegierten sollten in allgemeinen Prinzipals- und Gehilfenversammlungen in zehn Städten gewählt werden, und ihre Aufgabe sollte es sein, den von der Tarifkommission des Deutschen Buchdrucker-Vereins ausgearbeiteten Tarif zu prüfen und sich über abweichende Ansichten zu einigen. Beide Parteien sollten dann (nach Bedarf durch Abstimmung) über die Annahme oder Ablehnung des Tarifs beschließen. Die Mitglieder des Deutschen Buchdrucker-Vereins wurden ferner verpflichtet, ihren Gehilfen für solche Arbeiten, die in dem zu vereinbarenden Tarif anders normiert würden als es in den bereits gültigen Tarifen der Fall war, die sich ergebende Differenz zu vergüten. Auf Grund dieser Vereinbarung wurden unterm 21. April 1873 Arbeits-einstellung und Aussperrung als beendet erklärt. Der mit dem 8. Mai 1873 zur Einführung gelangte Tarif war mit dreijähriger Gültigkeit abgeschlossen worden. Damit hatte eine der denkwürdigsten Kämpfe in der Frühzeit der modernen Arbeiterbewegung seinen vorläufigen Abschluß gefunden. Mit der von den Buchdruckergehilfen erkämpften Anerkennung ihres tariflichen Mitbestimmungsrechts bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen war sozusagen der erste Schritt in der Richtung zur Wirtschaftsdemokratie getan, die heute allgemein von den Gewerkschaften erstrebt wird. Zugleich war auch die Grundlage zum ersten Reichstarif in Deutschland gelegt worden. In der außerordentlich günstigen wirtschaftlichen und gewerblichen Lage in den dem Kriege 1870/71 folgenden Jahren war ein günstiger Umstand für den Sieg der Gehilfenschaft zu erblicken. Freilich war der Tarif von seiner allgemeinen Durchföhrung noch weit entfernt. Er wurde selbst von denjenigen Prinzipalen lebhaft bekämpft, die sich in erster Linie zur Einführung und Verallgemeinerung des Tarifs verpflichtet hatten sollten, nämlich bei den Mitgliedern des Deutschen Buchdrucker-Vereins.

Im Rahmen dieses Gedankartikels kann natürlich nicht allen äußeren Geschehnissen aus der sechs Jahrzehnte langen Zeit des Nebeneinanderbestehens der Gehilfen- und der Unternehmerorganisation im Buchdruckgewerbe nachgegangen werden. An gegenseitigen Reibungen, Streitigkeiten und Kämpfen zwischen den beiden maßgebenden Organisationen hat es wahrlich zu keiner Zeit gefehlt. Hier kann es sich nur darum handeln, an Hand markanter Vorgänge die Entwicklungstendenzen des Deutschen Buchdrucker-Vereins zu kennzeichnen. Diese Tendenzen waren durchaus aggressiver und scharfmacherischer Art. Infolgedessen blieb auch den Buchdruckern, zumal in der ersten Vereinsperiode, absolut nichts erspart von all den Bedrückungen und Verfolgungen, die die übrige Arbeitererschaft zum Teil erst Jahrzehnte später durch das koalitierte Unternehmertum zu verspüren bekam.

Seine zweite Periode datiert der DVB, selbst von 1875 bis 1885 und bezeichnete sie gelegentlich als eine Zeit des Niederganges, weil die Mitgliederzahl, die 1871 noch 726 betragen hatte, allmählich bis auf 231 herabging. Einen Teil der Schuld hieran trug der Beschuß, das bisherige Vereinsorgan, die „Annalen“, einzugehen zu lassen und es durch die nur nach Bedürfnis erscheinenden und nur den Mitgliedern zugehenden

„Mitteilungen des Deutschen Buchdrucker-Vereins“ zu ersetzen, die zuerst im Jahre 1876 ausgegeben wurden, aber nur zweimal im ganzen Jahre erschienen. Kennzeichen dieser zweiten Periode waren: die Tarifreduktionen von 1876 und 1878, ein in seiner Entwicklung absichtlich gehemmtes Tarifverhältnis, eine den Verband ständig beföhernde Prinzipalität und eine unangreifbare Schmutzkonturrenz. Mit der Tariffache war es Ende 1879 geradezu trostlos bestellt, denn von 2715 Prinzipalen hatten nur 654 in ganz Deutschland den Tarif anerkannt. Selbst die Ausnahmestellung der Arbeiterschaft in Staat und Gesellschaft, wie sie durch die Verhängung des Sozialistengesetzes herbeigeföhrt worden war, mußte der Prinzipalsorganisation zum Besten dienen. Als dieses Bismarcksche Schandgesetz Mitte Juni 1878 erst angelündigt wurde, erklärte es schon eine Tagung des DVB in Hannover als Pflicht der Mitglieder, „den sozialdemokratischen Gesinnungen und Agitationen unter den von ihnen beschäftigten Arbeitern entgegenzuwirken, und falls dies ohne Erfolg, Ründigung und Entlassung auszusprechen, um dagegen Arbeitern, die sich von solchen dem Staate und der Gesellschaft gefährlichen Bestrebungen fernhalten, Beschäftigung zu geben“. Mit Hilfe des Sozialistengesetzes glaubten die Prinzipale, die Bestrebungen des Verbandes ein für allemal in Schach halten zu können. Daß damit dem Gewerbe selbst am wenigsten gedient war, vermochten sie indes nicht zu erkennen. Wenn die gewerbliche Ordnung im damaligen tarisanarchistischen Sumpfe nicht vollständig unterging, dann war dieses lebighch der Verbandsgehilfenschaft zu verdanken.

Mit dem Jahre 1886 begann die dritte Periode des Deutschen Buchdrucker-Vereins, eine Periode kräftigen Aufstrebens. Infolge der Bildung der Deutschen Buchdrucker-Berufsgenossenschaft, deren organisatorischer Einrichtungsplan der DVB anzupassen verstand, stieg dessen Mitgliederzahl innerhalb eines Jahres von 344 auf 1144. Mit Beginn des Jahres 1889 wurden die „Mitteilungen“ von der „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ als Vereinsorgan abgelöst. Der Tarif war bisher nur ein sehr lockeres Bindeglied zwischen Prinzipalen und Gehilfenschaft gewesen. Als die Gehilfen Anfang 1886 den bestehenden Tarif kündigten und einen neuen Tarif vorlegten, schien sich eine Wandlung im Prinzipalslager vorzubereiten. Wenigstens erklärten 60 Prinzipale, die an einer allgemeinen Buchdrucker-Verammlung in Leipzig teilnahmen, ihre Bereitwilligkeit, in Zukunft energischer für die Durchföhrung des Tarifs einzutreten. Das Resultat der Versammlung gipfelte in der Annahme folgender Resolution:

Die am 30. April 1886 im Krystallpalast tagende Buchdrucker-Verammlung (Prinzipale und Gehilfen) erkennt ein kritisches Zusammengehen in der Tariffache und eine friedliche Lösung derselben als eine Notwendigkeit an, geboten im Interesse eines dauernden Friedens zwischen Arbeitgeber und -nehmern, wie auch im Interesse der Entwicklung des deutschen Buchdruckergewerbes.

Infolgedessen tagte vom 16. bis 20. August die Tarifkommission in Leipzig. Sie brachte einen neuen Tarif zustande, durch den das Minimum um eine Mark (auf 20,50 M.) erhöht wurde. Das wichtigste war die Festsetzung einer Lehrlingskala. Die Lokalaufschläge führten eine Steigerung von 2½ bis 10 Proz., für eine Anzahl Städte wurden solche neu festgelegt. Alles in allem hatte man eine Lohnerhöhung von 6½ Proz. erreicht, also noch nicht einmal das, was 1876 und 1878 herabgemindert worden war. Bald aber zeigte sich die schwankende Haltung des DVB bei der Tarifföhrung wieder recht drastisch. Seine Leitung erkannte nämlich in einer am 1. Dezember 1886 abgehaltenen Sitzung der tariffeindlichen Sektion II (Rheinland-Westfalen) nicht allein das Recht zu, gegen den abgeschlossenen Tarif zu agitieren, sondern sie war auch schwächlich genug, auszusprechen, daß die Mitgliedschaft im DVB, nicht durch die Anerkennung des Tarifs bedingt sei. Eine derartige Stellungnahme der Prinzipalsorganisation, die allerhand Komplikationen nach sich zog, auf die hier nicht zurückgegriffen werden kann, war natürlich der weiteren Tarifentwicklung außerordentlich abträglich und verstärkte in der Folgezeit das Mißtrauen der Gehilfenschaft gegenüber dem DVB. als tariflichen Kontrahenten.

Bevor ein besseres Tarifverhältnis im deutschen Buchdruckgewerbe Platz zu greifen vermochte, mußten erst durch eine Erprobung der gegenseitigen Kräfteverhältnisse die gegebenen Maßsgrenzen der beiderseitigen Organisationen klargestellt sein. Es geschah dies in dem zehn Wochen langen Kampfe um die Verkürzung der Arbeitszeit, der 1891/92 von beiden Parteien mit großer Erbitterung und schweren Geld-

opfern ausgefochten wurde. Die Mehrheit der Gehilfenschaft war gewillt, lieber auf den Tarif zu verzichten, mit dessen Durchföhrung es die Prinzipale nach ihrer Meinung doch nicht ehrlich meinten, als die Arbeitszeitverkürzung preiszugeben. Von 12 000 am Kampfe beteiligten Gehilfen erhielten 3000 die Forderungen (8½stündige effektive Arbeitszeit und 12½ Proz. Lohnerhöhung) bewilligt. Alles was auf Gehilfenseite an Opferfreudigkeit möglich, aber auch alles was an Niedertracht und Befämpfungsmitteln auf Prinzipalsseite nur aufzubieten war, hatte der Kampf gezeitigt. Das Eindringen von Streikbrechern sowie die finanzielle Erschöpfung und die behörfliche Rahmlegung der Unterstützungsfunktionen des Verbandes auf erfolgte Denunziation machten schließlich gehilfenseitig den Abbruch des Kampfes notwendig. Aus lauzend Wunden blutend, lag die Gehilfenorganisation am Boden, und wer persönlich die Zeit nach dem Neunstundenkampfe mit durchlebt hat, wird, nicht sagen können, daß sich die Prinzipale etwa als großmütige Sieger gezeigt hätten. Im Gegenteil wurden alle erdenklichen Scharfmachermaximen weiblich ausgenutzt. Schwarze Listen zirkulierten unter den Prinzipalen, mißliebige Gehilfen wurden auf Jahresfrist von der Einstellungsliste ausgeschlossen, bei Wiederereinstellungen traten Reduzierungen der vor dem Streit gezahlten Löhne ein, da und dort erfolgte die Einstellung älterer und leistungsfähiger Gehilfen nur auf Probe. Vieles wurde sogar von den Gehilfen verlangt, daß sie vor den Augen des Prinzipals Reserve unterschrieben, die den Austritt aus der Organisation betrafen. Das Verdecktste war zu damaliger Zeit an der Tagesordnung. Durch Gründung einer Unterstützungskasse, der sogenannten Prinzipalskasse, sollten die Gehilfen dem Verbanne untreu gemacht werden, und in nicht wenigen Druckereien wurde ein Druck auf die Gehilfen ausgeübt, der jeder Koalitionsfreiheit Hohn sprach. Eine Vorstandssitzung des Deutschen Buchdrucker-Vereins besaßte sich mit der Ausarbeitung einer einheitlichen Arbeitsordnung, und gab dabei dem Gedanken Ausdruck, daß nun die Prinzipalsorganisation ohne den Verband Schritte zur Aufrechterhaltung des Tarifs tun müsse. Infolge des Fehlens einer eigentlichen Tarifbehörde kam es bald zu einer Zerissenheit auf dem Lohngebiet, die mit der nicht erloschenen gegenseitigen Erbitterung auf die Dauer nicht zu ertragen war. Die 1886 beschlossene und auf die folgenden Jahre mit Erfolg in den Vörbereitungen geriatete Lehrlingskala war so gut wie heilste geschafft und eine Zahl von Lehrlingen eingestellt worden, die jene Skala bereits 1894 um 5000 Lehrlinge überschritten hatte. Die Arbeitszeit, die auch bis 1891 noch nicht eine durchgängig zehnstündige war, wies vielfach eher Verlängerungen als Verkürzungen auf, so daß Arbeitszeiten von 10½ bis 13 Stunden nicht zu den Seltenheiten gehörten. Die Zahl der unter Tarif entlohneter Gehilfen wuchs ebenfalls in bedrohlicher Weise an. Unter diesen Umständen drängte die Gehilfenschaft, wenn auch äußerlich weniger erkennbar, auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und auf die Schaffung einer tariflichen Ordnung. Aber auch in einflußreichen Prinzipalskreisen wuchs mehr und mehr die Erkenntnis, daß im Interesse des Gesamtgewerbes nach Mitteln und Wegen gesucht werden müsse, um mit der Gehilfenschaft wieder zu einem festen Vertragsverhältnis zu gelangen. Ende Februar 1896 fanden denn auch Besprechungen zwischen Prinzipalen und Gehilfen statt, und den Gehilfen wurde die Zustimmung gegeben, daß sich eine am 10. März stattfindende Vorstandssitzung des DVB, bemühen werde, ein für die Gehilfenschaft günstiges Ergebnis zustandezubringen. Daraufhin traten am 15. April 1896 Vertreter der Gehilfen und der Prinzipale zu gemeinsamen Beratungen im Leipziger Buchgewerbehause zusammen. Nach hartem Kampfe erklärten sich die Prinzipale bereit, der prinzipiellen Forderung der Gehilfen insoweit entgegenzukommen, daß die Arbeitszeit um eine halbe Stunde täglich verkürzt werden sollte; bezüglich der pekuniären Forderungen wurde eine 2½prozentige Erhöhung der Grundpositionen und des Minimums zugestanden, auch wurden einige Lokalaufschläge geregelt und durch die Verhältnisse abgezwungene Ausnahmebestimmungen für kleinere Städte, Ausgelernte und Drucker zugestanden. Die Dauer des Tarifs wurde auf drei bis fünf Jahre festgelegt, eine Tariforganisation in Aussicht genommen und für die Einführung des Tarifs — ohne bindende Verpflichtung — der 1. Mai 1896 bestimmt. Damit wurden nach fünfjähriger Tarisanarchie wieder tarifliche Bahnen beschritten, und zwar unter gleichzeitiger Schaffung neuerzeitlicher Tarifinstitutionen, wie Tarifamt, Schiedsgerichte und Arbeitsnachweise.

Seit jener Zeit sind mehr als drei Jahrzehnte ins Land gegangen, ohne daß es im deutschen Buchdruckgewerbe zu einem Verlassen der tariflichen Bahnen gekommen wäre. So schwierig es in den hinter uns liegenden bewegten Zeiten auch oft gewesen ist, die aus dem Arbeitsverhältnis entspringenden Beziehungen zwischen Unternehmern und Arbeitern einer zeitgemäßen Regelung am Verhandlungstische zu unterziehen, gelang es dennoch, das im Rahmen des Gesamtgewerbes Mögliche zu erreichen und damit den zerstörenden Kampf aller gegen alle zu vermeiden. Dieses Faktum hat sich für das Gewerbe und auch für die Entwicklung der beiderseitigen Organisationen als recht nützlich erwiesen. Anders sehen sich die Dinge aus gemessener Entfernung an, als wenn man mitten in ihrem Flusse steht. Zweifellos fällt der Gehilfenschaft das größte Verdienst daran zu, daß heute im Buchdruckgewerbe eine tarifliche Ordnung herrscht, die der tatsächlichen Lage des Gewerbes und den Lebensverhältnissen der Berufsangehörigen im allgemeinen gerecht wird. Welch schwere Opfer von der organisierten Gehilfenschaft seit der Aufrichtung des allgemeinen Lohnschatzes im Jahre 1873 gebracht werden mußten, das geht aus der in diesem Artikel erfolgten Aneinanderreihung tarifgeschichtlicher Entwicklungsfaktoren hervor. Unse unermüdlischen Vorkämpfer für die Verwirklichung des Tarifgedankens, wie er bereits im Jahre 1848 von den Buchdruckern erstrebt wurde, waren von diesem ihrem Ideal so durchdrungen, daß sie trotz aller Schikanen von Prinzipalseite sich nicht daran hindern ließen, entschlossen an dem festzuhalten, was sie im Interesse einer allgemeindienstlichen Gewerbepolitik für richtig und notwendig hielten. Auf dieses getreue und opfermühtige, im Interesse des Gesamtgewerbes liegende Wirken der Verbandsgehilfenschaft gelegentlich des Jubiläums des Deutschen Buchdrucker-Vereins hinweisen zu können, erfüllt uns mit innerer Genugtuung. Wie alles Große und Dauernde aus dem entwicklungsgeleiteten Prinzip herauswächst, so sind auch Tarifverträge in erster Linie Produkte der gewerblichen bzw. wirtschaftlichen Entwicklung. Nur dort, wo gewisse Voraussetzungen erfüllt sind, kann ein praktisch-nützlicher Tarifvertrag zustandekommen. Eine dieser Voraussetzungen liegt im Bestehen beiderseitiger starker Organisationen, wie es heute im Buchdruckgewerbe der Fall ist, Organisationen, in denen der auf praktischer Erfahrung beruhende feste Wille vorherrschend ist, das Verbindende dem Trennenden, die Verständigung auf annehmbarer Grundlage dem offenen Kampfe vorzuziehen.

### Noch einmal die Ferienfrage

Zu meinem Artikel „Zur Ferienfrage“ nimmt in Nr. 59 der „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker und verwandte Gewerbe“ ein Herr Fr. W. Schmidt Stellung. Herr Schmidt erkennt zunächst an, „daß die Gewährung von Ferien, Urlaub, also ein Ausspannen unter Fortgewährung der Bezüge, an sich ein erstrebenswertes Ziel ist“, das wohl kein Arbeitgeber bestreitet. Aber... sagt er dann weiter, mehr zu leisten als das im Augenblick geschieht, geht aus wirtschaftlichen Gründen nicht. Herr Schmidt ist ein Arbeiter-Mensch und läßt die Logik, die auf die Anerkennung eines Erfordernisses mit a l s o antworten muß, einen Sprung machen. Solchen Über-Menschen und Kassejüdern begegnen wir im täglichen Leben mehr als genug, um sie nicht verstehen zu können. Herr Schmidt schreibt für ein Unternehmerorgan und wird uns damit noch verständlicher. Mit diesem Unternehmer-Über kann leider die Arbeiterchaft gar nichts anfangen. Sie wird mit ihn, und geht nach der Anerkennung im Unternehmerorgan erst recht, ihr A l s o erschalten lassen müssen.

Was den Buchdruckerverband anbelangt und die tarifliche Festlegung unserer Ferien, so soll in Entgegnung auf die Einwendungen des Herrn Schmidt gesagt sein, daß bei einer späteren tariflichen Regelung eine Erhöhung der jetzigen Ferientage um drei Tage wohl möglich ist, ohne das Gewerbe damit zu belasten. Hat sich diese Neuregelung wirtschaftlich eingelaufen, dann kann man einen Schritt weitergehen. So verhalten wir der logischen Schlussfolgerung nach und nach zum Siege. — Das was bisher noch immer so: jede Forderung der Gehilfen wurde zunächst als wirtschaftlich untragbar abgelehnt, bis sie unter dem Druck der Organisation oder der Gesamtverhältnisse doch bewilligt wurde. So die Regelung der Lehrlingsfrage, des Achtstundentages, der sozialen Leistungen und jeder Lohnforderung. Denken wir diesbezüglich an den wilden Streik im Vorjahre. Nicht mehr als 3,50 M. konnte die Wirtschaft des Gewerbes tragen. Die Kollegen aber, die sich einige Mark mehr erstritten haben, wissen jetzt, daß auch diese Mehrleistung das Gewerbe tragen kann — weil sie getragen werden muß. So geht das auch mit den Ferien. Gewiß mag das dem einen schwerer fallen als dem andern Unternehmer. Das läßt sich aber nun einmal nicht ändern und wird immer eine Begleitererscheinung der freien Wirt-



## Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



A. Giggendach in München  
Eingetretten: 4. April 1879  
Seit Invalide



Hermann Culert in Leipzig  
Eingetretten: 17. August 1879  
Seit Invalide



schaft bleiben. Warum soll aber gerade der Arbeiter darauf Rücksicht nehmen? Schließlich selbst ja auch der Unternehmerorganisation unbenommen, soziale Unterhaltungsstellen für ihre Mitglieder einzuführen, damit die schwächeren Teile ihre Pflichten gegen ihre Arbeiter besser oder überhaupt erfüllen können. Jeder Mensch, der die Arbeitskraft eines andern Menschen für sich in Anspruch nimmt, um aus dieser gekauften Arbeitskraft Vorteil für sich zu ziehen, hat in erster Linie die Pflicht, für das körperliche und geistige Wohlbefinden des Arbeiters besorgt zu sein. Kann er das nicht, soll er entweder die Eröffnung eines neuen Unternehmens unterlassen oder das bestehende Unternehmen soll mit dem Betriebsrat über diese Möglichkeiten beraten — auch in der Ferienfrage.

Herr Schmidt macht in seiner Erwiderung nur allgemeine Ausflüchte. Dasselbe tun die Unternehmer ihren Arbeitern gegenüber auch. Aber dort, wo der Unternehmer dem Betriebsrat Einsicht in die Geschäftslage gewährt, um den Betriebsrat von der Geschäftslage zu überzeugen, dort kommt schon etwas andres heraus als eine grundlose Ablehnung. Wäre die Gewährung höherer Ferien in unserm Gewerbe eine plötzlich auftretende neue Forderung, dann müßte man sich von Herrn Schmidt schon den Vorwurf gefallen lassen, daß man noch nicht fünf Minuten über die Situation nachgedacht hat, besonders wie sie sich in kleineren und mittleren Betrieben gestaltet. Es gibt jedoch schon eine Anzahl Buchdruckereien, die drei und auch vier Wochen Ferien und Ferienzuschuß für eine Anzahl ihrer Gehilfen geben. Diese Betriebe sollen sich die anderen Unternehmungen als Vorbild nehmen. Ich persönlich habe erleben müssen, daß erhöhte Ferienforderungen aus wirtschaftlichen Gründen abgelehnt wurden in der Art, wie das Herr Schmidt tut. Aber der Beweis konnte nicht erbracht werden, daß die Forderung untragbar war. Wäre sie erfüllt worden, dann hätte das Geschäft lediglich einige hundert Mark Rücklage weniger machen können. So geht das allgemein. Die Wirtschaft trägt das nicht! Aber der Weltkrieg hat uns die Augen geöffnet, was die Wirtschaft hat alles tragen können. Hat Herr Schmidt da r i b e r einmal fünf Minuten nachgedacht? Aber vor dem Krieges klang das selbe Lied bei Forderungen der Gehilfen durch: die Wirtschaft trägt das nicht. Soziale Pflichten muß sie tragen können.

Aus der Praxis wissen wir auch, daß in vielen Betrieben die Ferien eine gern gesehene Periode der Arbeitsregelung ist, weil mit ihr die Sauregurkenzeit überwunden wird. Damit fällt sich der Unternehmer den alten, eingerichteten Stamm der Arbeiter auf eine angenehme pflichterfüllende Art. Davon scheint Herr Schmidt allerdings nichts zu wissen. Er spricht nur von einer Belastung des U n t e r n e h m e n s durch die Ferien. Fallen dem Unternehmer die Lasten zu schwer aufs Kreuz, so kann er noch jederzeit das schwere Los loswerden. Er lehre zu seinem erlernten Beruf als Gehilfe oder Arbeiter zurück. Diese Wahl hat der Arbeiter und Buchdruckergerichte selber nicht.

Herr Schmidt spricht weiter davon, daß der Arbeiter, der mehr fordert, die Pflicht habe, mehr zu leisten. Wir Buchdrucker nehmen uns diesen Wink ganz gewiß nicht an. Unse Pflichten gegenüber dem Unternehmen sind tariflich festgelegt und jeder Buchdrucker weiß auch, daß er darüber hinaus mehr tun muß, als er soll. Wenn er das k a n n , tut er das auch sehr gern. Eine Hand wäscht bekanntlich die andre. Im Buchdruckgewerbe liegen die Dinge allerdings etwas anders als in andern Gewerben oder Industrien. Wir kennen mit wenigen Ausnahmen das Besondere, also das Akkordsystem nicht, und sind doch gezwungen, in Akkord zu arbeiten. Das Aufpasser- und Antreiber-

system in unserm Gewerbe kommt dem Akkordsystem in andern Berufen gleich. Aus diesem Grunde ist es nicht notwendig, mit Herrn Schmidt über die Rationalisierung zu diskutieren, die nach ihm eine Vorbedingung für das Gewahren höherer sozialer Ansprüche sein soll. Herr Schmidt weiß sicher noch nicht, daß in vielen Industrien die Rationalisierung durchgeführt ist, die Arbeiter aber deshalb keinen Tag Ferien mehr erhalten als sie gerade schon haben. Das sind in schweren Industrien selten mehr als eine Woche für den Stamm der Arbeiter. Trotz Rationalisierung! Nach der Theorie des Herrn Schmidt müßte aber gerade in diesen rationalisierten Betrieben die Ferienfrage in dem von mir geforderten Sinn durchgeführt sein. Wenn sich die Arbeiter durch ihre Gewerkschaften einen Anspruch nicht erkämpfen, die Unternehmer geben sie freiwillig oder auf die These des Herrn Schmidt hin schon gar nicht. Das Kommando wird für die gesamte Arbeiterchaft die gesetzliche Regelung der Ferienfrage sein müssen, um den Unternehmern das soziale Verständnis rechtlos beizubringen. Wie sich Herr Schmidt die Rationalisierung im Buchdruckgewerbe denkt, darüber lesen wir in seiner Erwiderung nichts. Auch darüber Schweigt er sich aus, wie das Mehrleisten aussehen soll. Er sagt aber: auf der einen Seite unentwegtes Geschrei nach dem gesetzlich festgelegten Achtstundentag, Schwierigkeiten, wenn es sich um Überstunden handelt, auch dann, wenn der Gesamtproduktionsprozeß mit der Leistung von Überstunden steht und fällt, Normung der Arbeitsleistung des einzelnen, um keinen Preis nur 50 Umdrehungen der Maschine zuviel, also auf Deutsch gesagt: Rationalisierung der Arbeit im gewerkschaftlichen Sinne. Mit solchen unbewiesenen Behauptungen die Ferienfrage abtun zu wollen, ist mehr als kühn. Wenn in einem einzelnen Falle tatsächlich der Gehilfe sich in seinen Leistungen auf das gedruckte Tarifgesetz stützen sollte, dann wird er auch seinen Grund dazu haben. Mehrbezahlung bedingt Mehrleistung an sich schon. Von dieser Praxis scheint Herr Schmidt auch keine Ahnung zu haben. Auch scheint ihm unbekannt zu sein, daß vielfach in der raffiniertesten Weise die Leistungen der Gehilfen und Maschinen kontrolliert werden, daß immer mehr Apparate angebracht werden, um die Hand auszusparen, die den gesteigerten Anforderungen einfach nicht mehr genügen kann. Herr Schmidt müßte auch wissen, daß das Mehrleisten, rein menschlich und physiologisch gesehen, einmal eine Grenze hat. Diese Grenze mit zu bestimmen, dazu ist der Gehilfe und seine Organisation da. Ich möchte, nachdem ich Herrn Schmidt in seinem Ferienartikel so recht kennengelernt habe, einmal einen Leistungsstarkeitswurf von ihm sehen. Wenn er Fachmann ist, würde ich ihn dann bitten, den Beweis für dessen Erfüllung erst einmal selbst zu erbringen. Welseicht würde dann seine Maschine noch weniger Umdrehungen machen als „b o j u d i e l“. Am die Welseichtheit (neben der Berufsfremdheit) des Herrn Schmidt zu zeigen, sei noch auf einen Absatz des Schmidtschen Artikels eingegangen. Da hat die „Buchbinder-Zeitung“ in ihrer Nr. 29 eine Polemik geführt gegen „einen der führenden Köpfe der Kalkindustrie“, der Mehrarbeit fordert von allen Berufstätigen und Arbeitsfähigen, ob Geistes- oder Handarbeiter, a r m o d e r e i c h. Dazu hatte die „Buchbinder-Zeitung“ bemerkt: „... Und dies zu einer Zeit, in der sich Scharen von deutschen Müßiggängern anhäufen, die in- und ausländischen Bäder zu bevölkern, um den erackten Mehrwert dort, aller Welt sichtbar, zu verpraßen“. Herr Schmidt hängt dieser richtigen Beobachtung der „Buchbinder-Zeitung“ folgende Worte an: „Wenn die Wünsche von Herrn Albin Schmidleder aus Weinböpla in Erfüllung gehen, wird die „Buchbinder-Zeitung“ ihn zweifellos unter die Kategorie verächtlicher Praßler auch einreihen. Und was wird dann aus seiner gewerkschaftlichen Schulung?“ Also keine Ferienerhöhung und keinen Ferienzuschuß, um nicht als Praßler angesehen zu werden! Die Fürsorglichkeit des Herrn Schmidt ist wirklich rührend. Aber auch seine Naivität in Arbeiterfragen. Was mich persönlich anbelangt, so soll sich Herr Schmidt beruhigen. Wenn er sich verpflichtet, auf einer Ferientrip durch die Schweiz vielleicht einmal so zu leben wie ich, dann will ich ihn als Keißeameraden gern mitnehmen, sofern es sich mit ihm gut wandern läßt. Er würde sich dann sofort im Klaren sein darüber, daß Arbeiter anders wandern als die Reichen und würde schon am zweiten Tage abhauen. Suchen Sie sich einmal die Reichen, Herr Schmidt, die sich mit Wasser begnügen, die auf hartem Lager schlafen, wenn es sein muß, die sich die Ärden in den Fremdenstädten von außen ansehen und in einem Rudel alles das mitfeschleppen, was ihnen Ersparnis bringt. Das ist ja eben der Unterschied zwischen Arbeiterferien und die Ferien der Reichen, daß die letzteren die von den Arbeitern geschaffenen Werte verpraßen, der Arbeiter aber gusehen muß, wie sie das m a c h e n. Wenn Herr Schmidt niemals ein Arbeiterferienheim und eine Naturfreundehütte gesehen hätte, um einen Vergleich anzustellen zu können mit den Fremdenstädten und den Reichen (wie ich sie in Luzern, Interlaken usw. gesehen habe), dann würde er nicht so alberne Schlussfolgerungen ziehen können, daß niemals ein Arbeiter als Praßler von den eignen Gewerkschaftscollegen angesehen werden könnte.

Hinter dieser falschen Besorgnis des Herrn Schmidt um den guten gewerkschaftlichen Ruf des Ferien genießenden Arbeiters verbirgt sich in Wahrheit eine andre Sorge. Wenn nämlich die große Masse der Kollegen und der Arbeiter überhaupt erst einmal sehen würden, wie die Reichen ihre Ferien verbringen, wenn sie sehen könnten, was diesen solch eine Ferientrip kostet, wenn sie sehen könnten, wie

die Reichen die Schönheiten der Natur anderer Länder „genießen“, welcher für einen Kulturmenschen ganz und gar überflüssiger Luxus da entfällt wird, dann würde der Arbeiter noch viel mehr nach Ferien ruhen, als das jetzt schon geschieht. Und er würde begreifen lernen, warum die Reichen an dem System so festhalten, das ihnen diesen Luxus und diese Willkür sichert. Das soll in Wirklichkeit verhindert werden.

Wir können also nicht warten, bis (nach Herrn Schmidt) „der Glaube an eine internationale Verbrüderung verschwunden ist, wenn wir wieder anfangen, aus den Ketten, die wir jetzt hinter uns herziehen, den Weg in die Freiheit finden.“ usw. Die politischen und wirtschaftlichen Wege scheinen ganz anders zu gehen, als Herr Schmidt ahnt. Wir können ihn als Wegweiser oder gar Wegbereiter darum nicht anerkennen.

Die Ferienfrage bleibt also trotz Herrn Schmidt eine Kulturfrage. Sie ist eine wirtschaftliche Frage auch insofern, als erhöhte Ferien den Krankenstand senken, die Volksgesundheit heben und die Arbeitsfreudigkeit und die Schaffenskraft steigern, den Lebensgenuss und die Lebensfreude aber zu einer Form verschaffen, die der Arbeiterschaft würdig und der gesamten Menschheit vorbildlich ist. Das Maß der Höhe und des Umfangs der Ferien mitzubestimmen, dazu sind die Organisationen mit berufen. Herr Schmidt sollte da unbesorgt sein. Der Arbeiter kann schon beurteilen, was möglich ist. Wenn es allein nach den Unternehmern gehen würde, gäbe es ewig Herren und Knechte. Und der Herr hätte zu bestimmen, was dem Knecht gebührt. Die sozialistisch kämpfende Arbeiterschaft hat gezeigt, daß dieser Art Weltanschauung der Todesstoß zu versetzen ist. Sie wird auch über Herrn Schmidt hinaus beweisen, daß sie sich noch ganz andre Rechte erkämpfen kann, wenn sie will.

Weinböckta.

Albin Schmieder.

### Fünfter Sachientag der Stereotypenreue und Galvanoplastiker

Der Ruf unserer Gauvereinigungen: Ruf zum Sachientag nach Chemnitz! am 27. und 28. Juli verfaßte nicht ungerührt. Schon der Begrüßungsabend im Festsaal des „Thaliahauses“ vereinigte eine recht stattliche Anzahl von Kollegen und deren Angehörigen. Der Programmteil des harmonisch verlaufenen Abends wurde vom Chemnitzer „Gutenberg“, dem Thalia-Orchester und der Chemnitzer „Jungen Wägher“ bestritten.

Im gleichen Lokal wurden am Sonntag die ersten Beratungen gepflogen. Anwesend waren etwa 170 Kollegen aus den Gauen Dresden, Erzgebirge-Vogtland, Halle, Leipzig, Thüringen und drei Kollegen aus Berlin. Nach einem Vortrag des Gesangsvereins „Gutenberg“ eröffnete Kollege Zink (Chemnitz) die Tagung mit einem Willkommen Gruß namens des Gaus Erzgebirge-Vogtland, dabei betonend, daß diese Tagungen immer Ersprießliches für die Spartenkollegen geseitigt haben. Nach den Begrüßungsansprachen der Kollegen N a m a n n (für die Chemnitzer Stereotypenreue), S o l k e i n (für den Gauvorsitz und die übrigen Sparten) und W a n g e l i n (für die Mitgliedschaft Chemnitz) erhielt das Wort Kollege M a z N e u m a n n von der Zentralkommission zu seinem Referat: „Nachlese vom 9. Kongress der Stereotypenreue und Galvanoplastiker Deutschlands in Frankfurt a. M.“ Er führte aus, daß nach 30jährigem Bestehen der Sparte in ihr 2400 Mitglieder = 80 Proz. aller Kollegen organisiert und daß die Massenverhältnisse günstig sind. Um aber allen finanziellen Ansprüchen gewachsen zu sein, beschloß der 9. Kongress, die jetzigen Beiträge beizubehalten. Ausführlich behandelte der Referent dann die tariflichen Anträge, die auf dem Kongress in geschlossener Sitzung besprochen wurden, und stellte mit dem Hinweis auf die vom Kongress angenommene Entschloßung, die sich gegen die Beschäftigung nicht bodenständigen Personals und gegen das Lehrlingswesen wendet, fest, daß die Verstöße gegen die betreffenden Bestimmungen des Tarifs den Stereotypenreuer dauernd Verschlechterungen gebracht haben. Nachdem der Referent dem Wunsche nach verstärkter Mitarbeit an den Technischen Mitteilungen „Weis und Kupfer“ Ausdruck gegeben, betonte er, daß die Zentralkommission stets bestrebt gewesen ist, alles im Interesse der Kollegen Wiegende zu tun. Diese Arbeit habe auch der Kongress anerkannt, und wenn dies in den Kreisen der Kollegen nicht immer der Fall gewesen sei, so liege das daran, daß den Kollegen der Einblick in die Zusammenhänge gefehlt habe. Die Ansprache über den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag erstreckte sich im wesentlichen auf die von den Kollegen gemäßigten tariflichen Verbesserungen und auf die Stellung, die der Verbandstag der Buchdrucker zu den Forderungen der Sparten eingenommen hat. Nachstehende Entschloßung wurde nach kurzer Aussprache einstimmig angenommen: „Unterzeichnete deden die Beschlüsse des 9. Kongresses der Stereotypenreue und Galvanoplastiker Deutschlands und wünschen im Sinne vom Kollegen Roth (Zwickau) die Weiterarbeit unserer Führer zum Wohle des Gaus und zum Nutzen jedes einzelnen Kollegen, ganz speziell der Provinz. Vereinigung der Stereotypenreue und Galvanoplastiker, Gau Erzgebirge-Vogtland.“

Die Berichte der Gauvertretungen wurden erstattet von den Kollegen W a l t h e r (Dresden), N a m a n n (Chemnitz), W a l t h e s (Magdeburg) und B a u f e l d (Leip-

zig). Aus allen Berichten war zu ersehen, daß noch viel Arbeit zu leisten ist, ehe auch der letzte Kollege die Sparte als Vertretung seiner engeren Berufsinteressen betrachtet. Besonders wurde hervorgehoben, daß man überall bemüht ist, durch technische Fortbildungsarbeit die Schäden der einseitigen Berufsarbeit auszugleichen. Für den Gau Thüringen konnte infolge Verhinderung des Spartenvorsitzenden am Besuch des Sachientages kein Bericht gegeben werden.

Nachdem unter dem Punkt „Verschiedenes“ noch einige interne Angelegenheiten erledigt worden waren, wurde beschlossen, die Sachsentage in Abständen von fünf Jahren abzuhalten. Die nächste Tagung soll eine mitteldeutsche sein und in Magdeburg abgehalten werden, weil zu diesem Zeitpunkt der Magdeburger Ortsverein auf ein 25jähriges Bestehen zurückblicken kann. Zwischen den Sachsentagen sollen Wanderversammlungen ohne Frauen abgehalten werden; Ort und Zeit dieser Versammlungen sollen jeweils von den Vorständen vereinbart werden.

Damit war die Tagesordnung erschöpft. Mit einem Hoch auf den Verband der Deutschen Buchdrucker und auf die Stereotypenreue und Galvanoplastikerpartie schloß Kollege B a u f e l d die gutverlaufene Tagung.

Verschiedene mit unserm Gewerbe verwandte Firmen hatten durch ausgelegte Werbeflächen auf ihre technischen Neuerungen aufmerksam gemacht.

Am Nachmittag fuhr mit der Bahn gegen 250 Festteilnehmer nach Erdmannsdorf, um von hier aus über den Kummerstein (einen der schönsten Punkte des Erzgebirges) die Augustsburg zu besuchen. In Chemnitz wurde nach der Rückfahrt im „Thalia“ der Abschiedsschoppen eingenommen.

Der Montag vereinigte die noch anwesenden Kollegen zu einer Fahrt nach Thalheim zur Besichtigung der Maternfabrik von Clemens Claus. Zu vorzuvorkommender Weise wurde die Herstellung der Matern gezeigt und auf gestellte Anfragen Auskunft gegeben. Besondere Interesse erregte die Fabrikation der Grammophonplatten, wobei jedem Beteiligten eine Platte gratis verabreicht wurde. Nach einer photographischen Aufnahme der Teilnehmer und einem gebotenen Zinsbiß stellte sich schnell der nötige Humor ein, und gar zu schnell verrann die Zeit bis zur Heimfahrt. Auch an dieser Stelle sei der Firma Claus für ihr gezeigtes Entgegenkommen der beste Dank ausgesprochen.

Der 6. Sachsentag ist vorüber. Die kleine Gauvereinigungen Erzgebirge-Vogtland glaubt ihr Bestes getan zu haben und dankt allen, die sie unterstützt haben, bestens dafür.

### Zweiter Jungbuchdruckeritag des Gaus Oberhain

Zum zweitenmal seit der Gründung der Lehrlingsabteilung trafen sich die Jungbuchdrucker des Gaus Oberhain in den Tagen vom 27. bis 28. Juli in Karlsruhe, um in echt kollegialem Zusammenreffen die Bande zu knüpfen, die notwendig sind zur ferneren Entwicklung unserer Gesamtorganisation. Das erste Treffen fand gemeinsam mit den Jungbuchdruckern des Gaus Württemberg 1925 in Stuttgart statt. Annähernd 400 Jugendliche aus dem weitverbreiteten Gau, von der Schweizer Grenze, vom tiefsten Schwarzwalde, vom Bodensee, von den Bezirken Freiburg, Lahr und Karlsruhe haben der Einladung zum zweiten größeren Zusammenreffen Folge geleistet, das ihnen zu einem nachhaltigen Erlebnis wurde. Aber nicht allein die Jugendlichen, sondern auch die Eltern der Lehrlinge, wie die Gehilfenschaft, haben durch einen zahlreichen Besuch ihr Interesse an dieser Tagung bewiesen.

Ein glänzender Auftakt der Veranstaltungen war der Unterhaltungsabend am Sonnabend im dicht besetzten Theaterfaal des Kolloseums. Musikvortrage des Musikvereins Karlsruhe wechselten mit Stimmungsvoll zum Vortrag gebrachten Chören der „Typographia“. Die reizenden Tänze einer Mädchengruppe der Freien Turnerschaft lösten bei allen Anwesenden helle Freude aus, wurden lebhaft applaudiert und mußten wiederholt werden. Die schönen Blumenpenden waren reichlich verdient. Das vom Kollegendichter Jakob Albrecht verfaßte Sprechhorwort „Euldigung Gutenbergs“, von Mitgliedern der Karlsruher Ortsgruppe aufgeführt, löste stürmischen Beifall aus.

In seiner Begrüßungsansprache hieß Gauvorsitzer S a n d f o r t (Freiburg) die zahlreich Erschienenen herzlich willkommen und gab einen kurzen Rückblick auf die Entwicklung der Lehrlingsabteilung im Gau Oberhain, dabei betonend, daß 81 Proz. der Lehrlinge im Gau Oberhain im Verbands der Deutschen Buchdrucker organisiert seien. Auch der Bezirksvorsitzende, Kollege Wilhelm M a i e r, gab seiner Freude über den schönen Besuch beredend Ausdruck und zog einen Vergleich über die Verhältnisse im Lehrlingswesen der früheren Jahre zu den heutigen und hob die Vorteile besonders hervor, die durch die Arbeit der Gewerkschaften für die Jugend geschaffen wurde. Nach ausführlicher Erörterung über den Zweck und die Ziele unserer Lehrlingsabteilungen schloß er mit der Bitte, mitzuarbeiten am weiteren Aufbau der Jugendabteilungen, seine Ansprache.

In der Festversammlung am Sonntag im Festsaal des Friedriehshofs konnte Gauvorsitzer S a n d f o r t den Direktor der Karlsruher Gewerkschaft, Herrn Kuhn, und

eine Vertretung der Metallarbeiter, und JbA.-Jugend begrüßen. Nach Vortrag von zwei Chören der „Typographia“ verbreitete sich Kollege M i c h e l F ü l l e (Berlin) über den Aufstieg der Lehrlingsabteilung im Verbands der Deutschen Buchdrucker. Er betonte in seinen einfindigen Ausführungen, daß die staats- und wirtschaftspolitischen Umwälzungen der Nachkriegszeit die Erhaltung der Lehrlinge notwendig machten. Gewiß waren große Schwierigkeiten zu überwinden, die aber durch unser klares Erziehungsprogramm überwunden werden konnten. Heute hat der Verband der Deutschen Buchdrucker 18 000 Lehrlinge organisiert, das sind rund 85 Proz. aller Buchdruckerlehrlinge. Die besondere Aufgabe wurde darin erblickt, die Jugend sachlich weiterzubilden und sie teilnehmen zu lassen an allen kulturellen Erfordernissen und Aufgaben der heutigen Zeit. Außerdem haben auch die Gewerkschaften die Pflicht, Einfluß auf die staatsbürgerliche Erziehung und die Geistesrichtung der Jugend auszuüben. Die Zusammenarbeit in der Ausbildungsfrage mit den Fachschulen, deren Leistungen immer mehr steigen, hat auch wesentlich zum Aufstieg unserer Lehrlingsabteilungen beigetragen. Umgekehrt darf aber auch gesagt werden, daß die Bestrebungen der Fachschulen durch die Lehrlingsabteilungen vorteilhafteste Ergänzung finden. Weiter nahm Redner zu den heutigen Sportauswüchsen Stellung und betonte, daß der Sport nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck sein sollte: Körper und Geist gesund zu erhalten. Er räumte auch auf mit der Redensart einer Vertrauenskrise zwischen Jugend und Alter. Hier hat gegenseitiges Verstehen Platz zu greifen; doch dürfen auch nicht die Vorteile, die heute die Jugend genießt, dem Alter zum Schaden gereichen. Die Entwicklung, die die Lehrlingsabteilung genommen, hat bewiesen, daß wir damit auf dem richtigen Wege sind. Die Zahl der Gehilfen, die der Gründung von Jugendabteilungen anfangs skeptisch gegenüberstanden, ist heute ins Gegenteil umgeschlagen, denn die Zahl der Mitarbeiter wird immer größer. Stürmischer Beifall folgte den Ausführungen. Anschließend an diese Festversammlung fand eine Besichtigung der Städtischen Gewerkschule statt. Die Einrichtungen sind musterhaft und haben auf alle Teilnehmer — Gehilfen wie Lehrlinge — starken Eindruck gemacht. Die Ausstellung von Schülerarbeiten aus den Buchdruckerfachklassen legte Zeugnis ab von guter planmäßiger Ausbildung. Direktion und Lehrerstaffel gebührt für ihr Entgegenkommen bei der Besichtigung wärmster Dank. Nach gemeinsam eingenommenem Mittagessen wurde am Nachmittag noch das Landesmuseum besichtigt.

Am Nachmittag hatten sich die Fachschaftsmitglieder sämtlicher badischer Handwerkskammern, einschließlich der vom Handwerksamt Wofzheim, das der Handwerkskammer Karlsruhe untersteht, zusammengefunden. Die Anwesenheit des Kollegen Fülle bot hierzu einen willkommenen Anlaß. Nicht ein großes Referat sollte die Sitzung einleiten, nach dem in den meisten Fällen infolge vorangeschrittener Zeit die Diskussion zu kurz kommt, sondern eine gegenseitige Aussprache über die bis heute gemachten Erfahrungen war das Gebodene. Auch die Keutlinger Tagung der Prinzipale erfuhr eine kritische Beleuchtung. Es wurde als ein dringendes Erfordernis der Zeit bezeichnet, daß auch unsere Fachschaftsmitglieder in größerem Rahmen, als dies bis jetzt geschehen, miteinander in Fühlung treten müßten. Dieser Wunsch verdrichtete sich zu dem offiziellen Verlangen an den Verbandsvorstand, die Führer der Gehilfen in den Fachschaftsräten vor den nächsten Mantelratparhandlungen zusammenzurufen, damit Mittel und Wege gefunden werden, wie die teilweise mißbräuchliche Auslegung der eingeführten Lehrlingsordnungen durch die Prinzipale einzudämmen ist. Es wurde allgemein festgelegt, daß mit dem § 9 Abs. 5 der badischen Lehrlingsordnung, die Einstellung eines dritten Lehrlings bei mindestens einem Seher und einem Bruder betreffend, größtmöglicher Mißbrauch getrieben wird. Diese Bestimmung wird nicht mehr als Ausnahme, sondern als Regel von den Prinzipalen behandelt. Hat doch nicht nur der Geschäftsführer des Prinzipalsvereins Karlsruhe, sondern auch der Vorsitzende des Fachschaftsrates selbst ohne jegliche Verständigung mit dem Fachschaftsrat einen dritten Lehrling auf Grund dieser Bestimmung eingestellt. Die Konferenz verlangt daher Streichung dieser Bestimmung im Tarif. Hiernit wäre auch der Schmutzkonzurrenz, die gerade die Kleinbetriebe zur Zeit betreiben, ein Riegel vorgeschoben. Es gilt also, die Schwächen der Lehrlingsordnungen, die sich in den letzten Jahren gezeigt haben, aufzudecken und deren Beseitigung anzustreben. Klar war sich die Konferenz darüber, daß der § 23 unfres Tarifs, mit Ausnahme der bereits angeordneten Wänderung, unter allen Umständen im Tarif zu bleiben hat! Nach Dankesworten an den Kollegen Fülle, der manch Wissenswertes aus seinen reichen Erfahrungen mitteilte, konnte die in allen Teilen äußerst befruchtend und befriedigend verlaufene Konferenz nach 3 1/2 stündiger Dauer geschlossen werden.

Den folgenden Nachmittag benutzte die Lehrlingsabteilung Konstanz, um auf der nahegelegenen Wädertadt Baden-Baden einen Besuch abzustatten, der ebenfalls, wenn auch der Wettergott nicht mehr so freundlich schien, einen guten Verlauf nahm. So dürfen wir unsern Bericht abschließen mit dem bestimmten Bewußtsein, nicht nur die Stunden genützt, sondern auch unsern Lehrlingen etwas geboten zu haben, an das sie sich noch recht lange erinnern dürften und das dauernden Wert besitzt für ihre Allgemeinbildung — zum Nutzen und Frommen unserer Organisation! K a r l s r u h e.

Korrespondenzen

sk. Erfurt. Unsere zweite diesjährige Bezirksversammlung am 14. Juli im Kurhaus in Arnstadt. Nach Eröffnung und Begrüßung durch den Bezirksvorsitzenden L. S i a n g e...

Hamburg. (Handseker.) Unsere Wanderversammlung nach Lübeck am 14. Juli heißt für alle Teilnehmer eine dauernde Erinnerung...

Borms. Unsere Bezirksversammlung am 11. Juli zeitigte einen leider sehr gemäßigten Besuch. Beim Punkt "Mitteilungen" konnte der Vorsitzende von der Zulassung berichten...

Heinrich Zille gestorben. Der weit über die Grenzen Berlins hinaus bekanntgewordene Maler des Berliner "Mittelalters" Professor Heinrich Zille...

Allegemeine Rundschau. Heinrich Zille gestorben. Der weit über die Grenzen Berlins hinaus bekanntgewordene Maler des Berliner "Mittelalters" Professor Heinrich Zille...

eine besondere Freude ist, diese Ehrung jetzt nachholen zu dürfen; er sprach von der Liebe und Treue, mit der unser Jubilar am Verbandsleben regen Anteil nimmt...

Havensburg. (Drucker.) Am Sonntag, dem 30. Juni, hielt der Druckerverein Oberhamborn in der "Wacht am Rhein" zu Havensburg seine halbjährliche Versammlung ab...

Borms. Unsere Bezirksversammlung am 11. Juli zeitigte einen leider sehr gemäßigten Besuch. Beim Punkt "Mitteilungen" konnte der Vorsitzende von der Zulassung berichten...

Allegemeine Rundschau. Heinrich Zille gestorben. Der weit über die Grenzen Berlins hinaus bekanntgewordene Maler des Berliner "Mittelalters" Professor Heinrich Zille...

Stützen den Armen Berlins hinterlassen. Die Stadt Berlin wird ihm durch ein Ehrengrabnis die letzte Liebe erweisen.

Achtung, Lehrlingsleiter! In der letzten Zeit haben wir die Feststellung gemacht, daß aus den Mappen mit Stiksmitteln für Lehrlingsleiter allerlei Material abhanden gekommen ist...

Anfangsmerkwürdiges Beispiel. Am 27. Juli begingen im Verlag der "Prinzessin Nachrichten" in Perleberg (Sr. Grundl. Kaff.) der Maschinenmeister F. Holzappel...

Das Ostsee-Ferienheim der graphischen Arbeiterkass. Viele unserer Kollegen wissen nicht, daß der Spätsommer und Herbst an der Ostsee unergiebig schön sind. In dieser Jahreszeit herrscht hier ein mildes, beständiges Wetter...

Eine Stimme über das Ferienrecht. Wie man in Arbeiterkreisen über die gegenwärtige Feriengewährung denkt, zeigen folgende Ausführungen: Das zur Zeit bestehende Durcheinander an Urlaubarten und Urlaubsregelung ist nicht mehr zeitgemäß...

Weltreklamefest und Weltanschauung 1929 Berlin. Die Weltanschauung (in den Ausstellungshallen am Kaiserdomm) verpricht eine umfassende Veranstaltung zu werden. Ihre feierliche Eröffnung (für geladene Gäste) erfolgte am Sonnabend, dem 10. August, vormittags 11 Uhr...

Aussperrungen verursachen größere Arbeitsverluste als Streiks. Aufschlußreich ist die Zusammenfassung der Reichs-Kreditgesellschaft über die Arbeitskämpfe und die dadurch verlorenen Arbeitstage. Seit dem zweiten Quartal des vergangenen Jahres hat sich das Verhältnis zwischen Aus-sperrung und Streik verschoben; seitdem entfällt der größte Teil des Verlustes an Arbeitstagen auf Aus-sperrungen. Seit April 1928 bis Ende März 1929 entfielen von 18,6 Millionen verlorenen Arbeitstagen 6,8 Millionen auf Ver-luste durch Streiks, 11,8 Millionen durch Aus-sperrungen. Die Verluste durch Aus-sperrungen waren in jedem ein-zelnen Quartal erheblich größer als die Streikverluste. Die Statistik bekräftigt die Erfahrung, daß die Unternehmer neuerdings von der Waise der Aus-sperrung einen aus-giebigen Gebrauch machen und rasch bereit sind, insbeson-dere in Zeiten rückläufiger Konjunktur, örtliche Lohn- und Streikbewegungen mit der Generalaus-sperrung zu beant-worten.

Das Elend der Bergarbeiter. Die Grubenunglücke dieser Tage in Waidenburg und Eschafeltes haben wieder gezeigt, wie traurig das Los der Bergleute ist. Nicht allein ist es das Todesopfer, das den Knappen ständig bei der Arbeit umgibt, auch das soziale Elend ist überaus groß und wird durch die langsam aber stetig wachsende Teuerung noch immer größer. In erschütternder Weise sehen wir ein Bild, das eine Bekannmachung einer Lebensverwaltung zeigt. Es heißt unter anderem in der Bekannmachung an die Belegschaft: „In steigendem Umfange wird der Lohn der Vergleute durch Pfändungen in Anspruch genommen. Namentlich sind es Pfändungen für unbezahlte Waren-lieferungen, mit denen die Belegschaftsmitglieder verpfändet werden. In einem Zeitraum von zwei Monaten gingen auf die 23 000 bis 24 000 Vergleute der Zechen der Berg-baugruppe Dortmund 6707 (das sind im Jahr rund 40 000 neue Lohnpfändungen) ein, mit denen rund 102 000 M. (jährlich also rund 600 000 M.) gefordert wurden und deren Befriedigung fast ausschließlich in jedem Falle mehrere Monate erfordert. Ihre Zahl wird durch ständig einlaufende neue Pfändungen nicht etwa geringer, son-dern sie steigt in beständigster Weise. Über schon die festgestellte Zahl zeigt, daß durchschnittlich jeder einzelne Arbeiter im Jahre zweimal von Lohnpfändungen betroffen wird.“ Schlagender kann wohl kaum das Elend wieder-gegeben werden, und was geschieht? Direktorengehälter werden in schwindelnder Höhe an einzelne Personen ge-zahlt. Sollte denn wirklich nicht soviel Verständnis auf-gebracht werden, daß gerade der Bergarbeiter Anspruch hat auf eine menschenwürdige Behandlung und ange-messene Entlohnung?

Ein begrüßenswerter Zusammenschluß. Der Zu-sammenenschluß der Landwirte zu einer einheitlichen machtswortlichen Organisation ist durch die am 19. Juli erfolgte Gründung des „Einheitsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften“ gesichert. Der Ein-heitsverband besteht aus mehr als 35 000 Genossenschaften, die seitler im Reichsverband deutscher landwirtschaftlicher Genossenschaften, im Generallandbauverband deutscher Reichs-genossenschaften, im Genossenschaftsverband der deutschen Bauernvereine, im Reichslandbau, in der deutschen Bauernschaft, in mittelheimischen und oberhessischen Ge-nossenschaften zerstückelt waren. Arbeitslos sind nun noch die 1000 bayerischen Genossenschaften von Dr. Heim, der mit gestutzten Armen beiseite steht.

Wie das Herz der Arbeitslosen vergrößert wird. In Wittenberge befindet sich die Singer-Nähmaschinen-WG, ein bedeutendes Werk der deutschen Industrie, das eine Belegschaft von 3000 Mann beschäftigt. Die Firma hat jetzt einen Stilllegungsantrag für das gesamte Werk bei der Regierung in Potsdam eingereicht, und die Stilllegung soll zum 15. August erfolgen. Die Gründe des Stilllegungs-antrags entfallen einen unerhörten Wirtschaftsstand, der sich nur aus der künstlich gesteigerten Finanznot der Städte erklären läßt. Der Betrieb des großen Wertes in Wittenberge ist nämlich von der ausreichenden Wasserent-nahme aus dem sogenannten Singerfaßens abhängig, der an dem Werke liegt. Genügend Wasser kann nicht mehr entnommen werden; deshalb wird die Stilllegung jetzt not-wendig. Seit Jahren verhandelt nun die Werkleitung der Singer-Nähmaschinen-WG bereits mit dem Landratsamt in Berleberg wegen der Regulierung der Stepmis, die alljährlich zur völligen Verlandung des Singerfaßens führt. Die Stromabverwaltung hat sich nun gewiegert, den Hafen auszubaggern, weil sie fürchtet, daß die Ufer-

mauern einstürzen könnten. Der Magistrat von Witten-berge seinerseits hat aber die Ausbaggerung der Ufer-mauern abgelehnt, weil er das Geld nicht dazu hat. Weil der Stadt Wittenberge die gewinn nicht große Summe zur Ausbaggerung der Hafenmauern fehlt, sollen jetzt 3000 Arbeiter auf die Straße fliegen. Ein folteres Beispiel für die ruinöse Wirkung der finanziellen Drosselungspolitik gegenüber den Gemeinden und für die daraus sich ergebenden Gefahren für die industrielle Beschäftigung läßt sich kaum erfinden. Aber so wie hier sind die Dinge — das kann man ohne Übertreibung sagen — in fast allen Städten und Gemeinden Deutsch-lands. Es ist allerhöchste Zeit, daß die Quellen und Ur-sachen, aus denen wir hier die Arbeitslosigkeit ohne jeden vernünftigen Grund und als Folge purer politischer Schi-zane erhöht wird, verstopft und beseitigt werden.

Die englische Arbeiterregierung erhöht den Staatsbei-trag für die Arbeitslosenversicherung. Die englische Ar-beitslosenversicherung hat mit ähnlichen Schwierigkeiten zu kämpfen, wie zur Zeit die deutsche. Der aus den Bei-trägern angeammelte Fonds reicht nur für die Unter-stützung von einer Million Arbeitslosen aus (in Deutsch-land nur für 800 000), die Zahl der unterstützungsberechtigten Arbeitslosen übersteigt jedoch gewöhnlich eine Mil-lion, gegenwärtig um 100 000. In England werden die Beiträge — im Gegensatz zu Deutschland, wo sie je zur Hälfte von Arbeitnehmern und Arbeitgeber gezahlt wer-den — von den Arbeitgebern, Arbeitnehmern und vom Staat aufgebracht, so daß der wöchentliche Beitrag von 1 Schilling 9 Pence für den männlichen Arbeiter getragen wird zu 8 Pence von Arbeitgeber, zu 7 Pence vom ver-sicherten Arbeitnehmer und zu 6 Pence vom Staat. Da aber die Beiträge nicht ausreichen, mußte die Arbeitslosen-versicherung — gerade so wie in Deutschland — vom Staat Zuschüsse aufnehmen; sie ist zur Zeit nun etwa 72 Mil-lionen Mark an den Staat verschuldet, eine Schuld, an deren Rückzahlung nicht gedacht wird. In dieser Lage denkt man aber in England nicht an einen Abbau der Leistungen der Arbeitslosenversicherung, wie die deutschen Unter-nahmer es in Deutschland haben möchten, vielmehr hat die Arbeiterregierung die Erhöhung der Beitragsent-nahmen beschlossen. Es sollen die Beiträge des Staates von wöchentlich 6 auf 7 1/2 Pence erhöht werden, eine Mehr-belastung für die Staatskasse von 70 Millionen Mark. Da das englische Steuerpflichtiger weniger als das kontinentale auf Einkommen und weit mehr auf Besitztüchern auf-gebaut ist, bedeutet die Steigerung des Staatsbeitrages die Heranziehung des Besitzes zu den vermehrten Kosten der Arbeitslosenversicherung.

**Verchiedene Eingänge**

„Mundstuck und Prell.“ Erst seit fünf Jahren haben wir in Deutschland ein authentisches Mundstuck und schon sind der Zoll rund drei Millionen Mark wert geworden. Die ge-waltigen Aufschüsse entrichten auch die noch auf fremdem andern Gebiet beobachtete Entpölung der Mundstuckpreise. Anfangs gab es nur einige bescheidene Monats-, später Wochenblätter, die sich besonders mit der Mundstuckbekämpfung beschäftigten. Unter den rund 100 Mundstuckblätter, die gegenwärtig in Deutschland erscheinen, ist der „Arbeiterstimm“, das wöchentlich erscheinende Organ des Arbeiter-Adios-Bundes, das ebenso nichtjährlich einzelne Blätter. Die Arbeiter-Adios-Bewegung ist noch jung, aber auf ihre Entwicklung und auf ihre Veran, das noch im Laufe nach die größte aller deutschen Arbeiterbewegungen über-nimmt, kann sie mit Recht stolz sein; ihre Vorbereitung, in der beim des Arbeiterbundführers gehört der „Arbeiterstimm“, ist daher wohl begründet. Die Weltstimm kann bei jedem Post-amt oder Briefträger für 98 Pf. im Monat bestellt werden, während Bundesmitglied Monatsbeiträge in den Gruppen in der Höhe 1,40 M. bis 1,70 M.), das Blatt kostenlos erhalten. Probestücke versendet der Verlag des „Arbeiterstimm“, Berlin „Arbeiter-Adios“, Auguststr. 1929, Preis 25 Pf. Die vor-liegende Nummer bringt trotz der umfangreichen Ver-kehrshaltung über die Wiener Verhältnisse noch recht lehr-reiche Aufschlüsse über die Freiheitsdemonstration der „Lins-ler- und Jugendlichen in Wien, über „Werktätigkeit“, „Machtfragen zur Wechselseite“ und über die Entwicklung „vom Berufsamt bis an die Schwelle des Kapitalismus“. Das Heft ist durch prächtige Zeichnungen über einzelne Höhepunkte des Wiener Jugendstreiks lebendig gealtert. Es enthält auch eine reich illustrierte neue Broschüre „Der Kampf um die 70 Arbeitsstunden mit dem dazu gehörigen Text, kostenlos zu beziehen durch den Dazler Verkehrs-Verein e. V., Berlin-Gröden.

**Briefkasten**

S. C. Str. in R.: Ihrem Wunsch um Veröffentlichung der eingehenden Jellen können wir der Anonymität wegen nicht nachkommen. — Fr. N. in B.: Jul. 17: 2,75 M. — G. S. in Weilmünster: Jul. 18: 0,75 M. — F. S. in Hbg.: Dieter Heilige Postkarte über, alles möglich und unmöglich, eignet sich nicht für den „Korr.“. — J. S. R.: Interat wird nicht aufgenommen.

**Verbandsnachrichten**

Beitrag Darmen. (W a n t a g s d e l e g i e r t e r w a h l.) Ab-gegebenen Stimmen 398, ungültig 4. Ergebenen Stimmen: W e l l e n r a t h (Darmen) 215, G l a n s (Darmen) 151, R u n n (Darmen) 180, S t r o n a c h (Darmen) 234, S t r i t z e r (Darmen) 224, S t r i t z e r (Darmen) 232, F r e i m a n n (Darmen) 200, P e t r i e (Darmen) 137, F r a n z (Darmen) 182. Die Gewählten sind geerrt geerrt. Erat sind R u n n und S t r i t z e r.

Beitrag Barmen. (W a n t a g s d e l e g i e r t e r w a h l.) Ab-gegebenen Stimmen 398, ungültig 4. Ergebenen Stimmen: W e l l e n r a t h (Barmen) 215, G l a n s (Barmen) 151, R u n n (Barmen) 180, S t r o n a c h (Barmen) 234, S t r i t z e r (Barmen) 224, S t r i t z e r (Barmen) 232, F r e i m a n n (Barmen) 200, P e t r i e (Barmen) 137, F r a n z (Barmen) 182. Die Gewählten sind geerrt geerrt. Erat sind R u n n und S t r i t z e r.

Beitrag Barmen. (W a n t a g s d e l e g i e r t e r w a h l.) Ab-gegebenen Stimmen 398, ungültig 4. Ergebenen Stimmen: W e l l e n r a t h (Barmen) 215, G l a n s (Barmen) 151, R u n n (Barmen) 180, S t r o n a c h (Barmen) 234, S t r i t z e r (Barmen) 224, S t r i t z e r (Barmen) 232, F r e i m a n n (Barmen) 200, P e t r i e (Barmen) 137, F r a n z (Barmen) 182. Die Gewählten sind geerrt geerrt. Erat sind R u n n und S t r i t z e r.

Beitrag Barmen. (W a n t a g s d e l e g i e r t e r w a h l.) Ab-gegebenen Stimmen 398, ungültig 4. Ergebenen Stimmen: W e l l e n r a t h (Barmen) 215, G l a n s (Barmen) 151, R u n n (Barmen) 180, S t r o n a c h (Barmen) 234, S t r i t z e r (Barmen) 224, S t r i t z e r (Barmen) 232, F r e i m a n n (Barmen) 200, P e t r i e (Barmen) 137, F r a n z (Barmen) 182. Die Gewählten sind geerrt geerrt. Erat sind R u n n und S t r i t z e r.

**Adressenveränderungen**

Amorbach-Wittenberg. Vorsitzender: Eugen K a s t, Witten-berg a. M., Bismarckstr. 124; Kassierer: Wilhelm I n f e l t, in der Brunn, Vol. 100, Bismarckstr. 124; Kassierer: Manfred M e u r i s, Duisburg, Johannstraße 92. Duisburg. (Stereo-Verseinerung.) Vorsitzender: Heinrich M e u r i s, Duisburg, Johannstraße 92. Walle i. S. (Str.) Vorsitzender: Richard W i e s e n e r, Haefer-str. 45. Walle i. S. (Westr.) Vorsitzender: Paul S c h e i t e r, Johann-str. 6. Wismar. Vorsitzender: F. J ü l i s b o r g, Schatterau 18. 1.

**Zur Aufnahme gemeldet**

(Eingewandern innerhalb 14 Tagen an die beiliegende Adresse): Im Gau Ober der Seher Georg A b b e l m a n n, geb. in Sackemünde, angekl. in Waffow; war schon Mitglied. — Gauau Heintz in Stettin, Lindenstraße 28. Im Gau Mecklenburg-Westfalen der Drucker Arnold J a n e n, geb. in Wismar 1899, angekl. in Radeb. 1917; war Gau Mit-glied. — Vol. Vertram in Köln, Gereonshof 28.

**Beise- und Arbeitslosenunterstützung**

Gauverwaltung. Die Funktionen werden geüben, den ber-zuglichen Aufenthaltsort des Kollegen Rudolf H u n e (Gau-Verwaltungszentrum 41 849) dem Verbandsvorsitzenden, Berlin SW 61, Drehtümpelstraße 5, anzugeben. Wida. Dem auf der Waise befindlichen Seher Erich S e h e r ist die Besetzung der Stelle maßgebend in Witten-berge (Gau-Verwaltungszentrum 41 778, Gau-Verwaltungszentrum 6077), ist angekl. auf der Waise von Wida nach Wittenberge seine Welle-legitimation verloren gegangen. Es ist Schmedel in Wida ein Duplikat angefertigt worden. Die vertriebenen Welle-legitimationen werden darauf anmerkmal gemacht und gegeben, beim Auslaufen der ersten Legiti diebe zu ver-nichten. Wittenberge i. Th. Die Auszahlung des D r t s g e s e n e s für Durchreisende findet von jetzt ab in der „Eutrigma“, Drucker, Kleine Burgstraße 1a (Eingang zur Post), statt. D r t s g e s e n e s. Infolge der vielen Durchreisenden kann das D r t s g e s e n e s nur noch an Mitgliedsvereine und Aus-gesandte bezahlt werden.

**Veranstaltungskalender**

Duisburg. V e r s a m m l u n g S o n n a b e n d, den 17. August, abends 7 1/2 Uhr, im Vereinslokal „Witter-Bräu“, Am Rindtor. Hamburg-Altona. K o r r e k t u r e n v e r s a m m l u n g S o n n a b e n d, den 17. August, abends 8 Uhr, in der Buchdruck-Verlagsanstalt „Gewerkschaftsdruck“, Wittenbergstr. 67. Kirchberg i. Hagenau. V e r s a m m l u n g S o n n a b e n d, den 22. September, vormittags 10 Uhr, in Volkshaus, Waffow, „Grüner Baum“. Wittenberge (Bez. Anklam). V e r s a m m l u n g S o n n a b e n d, den 17. August, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftsdruck“, Kir-chbergstr. 67.

Anzeigenpreise: 15 Pf. die siebengefaltete Millimeterhöhe für Stellen-gefuße und -angebote sowie für Anzeigen kollegialer Herkunft (d. h. Vereins-, Fortbildungs- und Todesanzeigen); 30 Pf. für Anzeigen geschäftlicher Art

Annahmeschluss: Montag und Donnerstag früh für die jeweilig nächst-erscheinende Nummer. Anzeigenaufgaben für den „Korrespondent“ mög-lichst nur durch Einzahlung auf das Postkontokonto Berlin NW Nr. 268 10

Die Elite im modernen Gabbau, 30 Cap-...  
Ihre Ferien in der Rippischen Schweiz  
für Stellung und Werk zu baldigem Eintritt gesucht. Verwendungen mit genauen Angaben über selbständige Tätigkeit, Zeugnisabschriften, Lichtbild, frühesten Eintrittstag und Gehaltsforderung erbetet.  
Jüngerer Korrektor

Zu sofort  
Linotypsetzer  
mit mehrjähriger Praxis für Werk in Schicht gesucht. Ge-ographische oder telephonische An-gebote (Telephon Nr. 32) sofort erbeten. Eintritt sofort. Anträge wollen sich nicht melden. Unter Wahrung der Geheimhaltung.  
R. Kleinert, Quakenbrück.

Der Schmied  
Alb. Mannschmid  
wird ersucht, sofort reiflos seinen Wappstempel an folgende Adresse nachzukommen. Joseph Thomas, Esershofen, Post Ebershausen (bay. Schwaben).

Schlinien, Schließzeug  
Schließplatten  
Blasebälge  
Sandwalzen  
Verlag  
des Bildungsvereins des D. D. S., Berlin SW 61, Drehtümpelstr. 5.

Bostonpresse  
Karl Sieg, München 4,  
Kolbenstraße 1.

Am 6. August verstarb nach kurzem, schwerem Leiden unser Mitglieb, der Drucker  
H. Merthelios  
im Alter von 67 Jahren.  
Seine jahrelange stille Mitarbeit in unserem Ver-ein liefert ihm ein ehren-dames Andenken.  
Verzin  
Dresdener Drucker.

Erster Stereotypsetzer  
der in der Lage ist, mit den vorhandenen Maschinen und aus-reichendem Personal die Platten einer mittleren Produktions-zahl (bei Bedarf) schnell und sauber heranzubringen und der auch mit allen andern Verfahren der Stereotypie voll vertraut ist, wird baldigst gesucht.  
Handchriftliche Angebote mit Zeugnisabschriften und Lohn-anprüfungen erbeten unter Nr. 82 an die Geschäftsstelle des „Korr.“

Jünger  
Arztidienstsetzer  
arbeitet nach eigenen Entwürfen, versteht im Einzelnen die Schicht für Plakat, sucht zur weiteren Ausbildung Stellung in Westdeutschland, möglichst Anfang September.  
Erfahren unter Nr. 77 an die Geschäftsstelle des „Korr.“

Blang langem Leiden verstarb am 7. September 1929 unser Mitglieb, der Drucker  
Georg Rühl  
Vor wenigen Jahren beehrte er als Invalide die Arbeiter in der Halle seiner früheren Tätigkeit und lebte in stiller Ab-geschiedenheit.  
Wir werden ihm ein ehren-dames Andenken des-wahren.  
Buchdruckerverein  
in Hbd.

Am 4. August verschied unerwartet an den Folgen eines Gehirnlageus unser Kollege, der Faktor  
Karl Helle  
im Alter von 68 Jahren.  
Wir betrauen in dem Verstorbenen einen Kol-legen von aufrechtem Charakter, dem wir ein ehren-dames Andenken des-wahren werden.  
Oderberger Neutlingen.  
Druckerei Neutlingen  
i. S. D. D. S.

Adolf Quint  
am 20. Juli verstarb infolge Herzschwäche nach längerem Krankenlager der Seherinwalle 80  
Adolf Quint  
am 20. Juli verstarb infolge Herzschwäche nach längerem Krankenlager der Seherinwalle 80  
Adolf Quint  
am 20. Juli verstarb infolge Herzschwäche nach längerem Krankenlager der Seherinwalle 80

Am 5. August verstarb unerwartet unser lieber Kollege, der Seher  
August Wallis  
im 46. Lebensjahre.  
Wir werden sehr An-denken in Ehren halten.  
Die Kollegen der  
Dr. Seler-Druckerei,  
Berlin.